

## Elterngeld: Mütter kehren früher in den Beruf zurück

**BERICHT** von Johannes Geyer, Peter Haan, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

Elterngeld führt im zweiten Jahr nach Geburt zu  
höherer Erwerbsbeteiligung von Müttern 3

**INTERVIEW** mit Katharina Wrohlich

»Die Ziele des Elterngeldes wurden im  
Großen und Ganzen erreicht« 11

**BERICHT** von Nicola Jentzsch

Verhaltensexperimente zur persönlichen Privatsphäre  
erfordern neue Standards 12

DIW-Konjunkturbarometer Februar 2012 19

**AM AKTUELLEN RAND** Kommentar von Stefan Bach

Lieber fünf Prozent Inflation als  
100 Prozent Staatsverschuldung 20



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
79. Jahrgang  
29. Februar 2012

**Herausgeber**

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

**Redaktion**

Renate Bogdanovic  
Susanne Marcus  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. WolfPeter Schill  
Lana Stille

**Lektorat**

Dr. David Richter  
Mathis Schröder

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
Susanne Marcus  
Tel. +49-30-89789-250  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

**Gestaltung**

Edenspiekermann

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Jahresabo zum Vorzugspreis:** Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

**Studenten-Abo:** Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

**Probe-Abo:** Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

**Bestellungen** richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.  
leserservice@diw.de

**Weitere Fragen?**

DIW Kundenservice:  
Telefon (030) 89789-245  
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements  
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

**RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN**

## Zur gegenwärtigen Kreditmarktsituation in Westdeutschland

Neben den für eine verstärkte Nachfrage nach Wertpapieren günstigen Bedingungen auf inländischer Seite muss allerdings berücksichtigt werden, daß sich die internationalen monetären Voraussetzungen gegenüber dem ersten Halbjahr 1961 eher verschlechtert haben, da sich die Zinssätze in zahlreichen anderen Ländern im Verlauf der zweiten Hälfte 1961 erhöht haben. Die Steigerung vor allem der britischen Geldmarktsätze und – in letzter Zeit – auch der Geldmarktzinsen in den USA hat die westdeutschen Banken veranlaßt, die ihnen aus dem In- und Ausland zufließenden liquiden Mittel in hohem Maße kurzfristig im Ausland anstatt auf dem Inlandsmarkt anzulegen. Daher verharret der freie Geldmarktsatz in Westdeutschland im Durchschnitt auf dem Stand vom Sommer 1961, und die Ermäßigung der Abgabesätze der Bundesbank blieb ohne den erhofften kapitalmarktpolitischen Effekt. Anfang dieses Jahres erschwerte die Bundesbank zwar den Geldexport, indem die unter anderem die SWAP-Gebühr für Geldexporte von ¼ % auf ½ % heraufsetzte; diese Maßnahme dürfte aber kaum ins Gewicht fallen. Die Bundesbank hat sich offenbar deshalb nicht zu einer fühlbaren Verteuerung der Kurssicherung entschlossen, weil sie befürchtet, daß der direkte zahlungsbilanzoptisch unerwünschte Effekt einer solchen Intervention, nämlich die Abnahme der Auslandsanlagen der Banken, nicht entfernt wettgemacht würde durch den indirekten positiven Effekt in Form einer Auflockerung des inländischen Geld- und Kapitalmarktes und einer Induzierung von Kapitalexporten.

Wochenbericht Nr. 9 vom 2. März 1962

# Elterngeld führt im zweiten Jahr nach Geburt zu höherer Erwerbsbeteiligung von Müttern

Von Johannes Geyer, Peter Haan, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

Mit der bundesweiten Einführung des Elterngeldes für Geburten ab dem 1.1.2007 wurde das Erziehungsgeld abgelöst. An die Stelle eines Transfers, der nach Prüfung der Bedürftigkeit gezahlt wurde, trat eine Einkommensersatzleistung. Zudem wurde die Bezugsdauer von maximal zwei Jahren auf in der Regel 12 oder 14 Monate gekürzt. Mit zwei „Partnermonaten“ wurden zusätzlich Anreize für Eltern geschaffen, die Elternzeit untereinander aufzuteilen. Nachdem frühere Reformen des Erziehungsgeldes oder der Elternzeit in der Regel dazu führten, dass Mütter zunehmend länger dem Arbeitsmarkt fern blieben, sind mit dieser Reform erstmalig für bestimmte Gruppen Anreize geschaffen, früher in das Erwerbsleben zurückzukehren. Vier Jahre nach Einführung des Elterngeldes hat das DIW Berlin die Auswirkungen des Elterngeldes auf die Erwerbstätigkeit von Müttern untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im ersten Lebensjahr zwar zurückgegangen ist. Mütter mit Kindern im zweiten Lebensjahr haben jedoch aufgrund der Einführung des Elterngeldes eine höhere Wahrscheinlichkeit, in den Beruf zurückzukehren. Die positiven Effekte der Erwerbsbeteiligung finden wir insbesondere für Mütter mit niedrigem Einkommen und für Mütter in Ostdeutschland.

Die Ablösung des Erziehungsgeldes durch das Elterngeld hat die Erwerbsanreize für Mütter beziehungsweise für den Elternteil, der sich in Elternzeit befindet, grundsätzlich verändert: Dies betrifft die Höhe und Berechnungsweise des Transfers, den Familien in der Elternzeit erhalten, sowie dessen Bezugsdauer und die Anreize, Elternzeit zu nehmen.<sup>1</sup> Das DIW Berlin hat diese Auswirkungen jetzt ausführlich untersucht.<sup>2</sup>

Die Einführung des Elterngeldes hat zum einen unmittelbare Auswirkungen auf das Einkommen von Familien mit Kindern im ersten und zweiten Lebensjahr (Kasten). Im ersten Lebensjahr des Kindes erhöht sich, verglichen mit dem Erziehungsgeld, für fast alle Familien das Einkommen – dies wird im unteren Einkommensbereich durch das Mindestelterngeld in der Höhe von 300 Euro pro Monat gewährleistet.<sup>3</sup> Im zweiten Lebensjahr gibt es jedoch auch Haushalte, die unter der Elterngeldregelung insgesamt weniger Geld bekommen, als sie unter dem Erziehungsgeld bekommen hätten. Diese Einkommenseffekte haben Auswirkungen auf die Erwerbsanreize, vor allem für Mütter.

## Elterngeld verändert Erwerbsanreize

Für alle Mütter, die keinen Anspruch auf Erziehungsgeld gehabt hätten, aber unter den neuen Regelungen Elterngeld bekommen, ist es attraktiver geworden, im ersten Lebensjahr nicht erwerbstätig zu sein. Umgekehrt

<sup>1</sup> Da es in der Regel die Mütter sind, die ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes für einen längeren Zeitraum unterbrechen, beziehen wir uns im Folgenden zur besseren Lesbarkeit nur auf Mütter, was nicht ausschließt, dass auch Väter betroffen sind, die ihre Erwerbstätigkeit für einen längeren Zeitraum unterbrechen.

<sup>2</sup> Wrohlich, K., Berger, E., Geyer, J., Haan, P., Sengül, D., Spieß, C. K., Thiemann, A. (2012): Elterngeld Monitor. DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 61. In dieser Langfassung der Studie, die im Auftrag des BMFSFJ erstellt wurde, werden zusätzlich weitere Aspekte der Reform untersucht, zum Beispiel die Veränderung der Haushaltseinkommen und die Zeitverwendung der Eltern.

<sup>3</sup> Nach Ablösung des Erziehungsgeldes durch das Elterngeldes reduziert sich nur für Empfänger des ALG II, deren Anspruch auf Elterngeld nicht durch vorherige Erwerbstätigkeit begründet ist, das Einkommen, da seit 2011 das Elterngeld als anzurechnendes Einkommen im Sinne des ALG II zählt.

Kasten

### Regelungen zum Erziehungsgeld und Elterngeld

#### Erziehungsgeld (Rechtsstand 2006)

Das Erziehungsgeld war ein bedürftigkeitsgeprüfter Sozialtransfer für Familien in den ersten 24 beziehungsweise 12 Monaten nach Geburt eines Kindes. Es wurde in zwei Varianten geleistet: In der Standardvariante wurden über 24 Monate 300 Euro ausbezahlt, in der „Budget-Variante“ über 12 Monate 450 Euro. Erziehungsgeld gab es nur für Familien, deren Einkommen unter bestimmten Einkommensgrenzen lag. Diese Einkommensgrenzen waren im Jahr 2006 für die ersten sechs Monate 30 000 Euro Jahreseinkommen für ein Paar und 23 000 Euro für Alleinerziehende; für jedes weitere im Haushalt lebende Kind erhöhten sich die Einkommensgrenzen um 3 140 Euro. Überstieg das pauschalierte Nettoeinkommen diese Einkommensgrenze, wurde das Erziehungsgeld entzogen. Ab dem 7. Monat lagen die Einkommensgrenzen niedriger – 16 500 Euro für ein Paar und 13 500 für Alleinerziehende. Überstieg das pauschalierte Nettoeinkommen diese niedrigeren Einkommensgrenzen, wurde das Erziehungsgeld nicht mehr ganz entzogen sondern gemindert. Der Regelbetrag verringerte sich um 5,2 Prozent (bei „Budget-Variante“ um 7,2 Prozent) des Einkommens, das Grenzen überstieg. Das geminderte Erziehungsgeld gab es nur für Familien mit pauschalitem Nettoeinkommen bis 22 086 Euro (Paare) beziehungsweise bis 19 086 (Alleinerziehende). Das Erziehungsgeld wurde nicht auf andere Sozialleistungen (Wohngeld, Sozialhilfe beziehungsweise Arbeitslosengeld II (Alg II)) angerechnet. Es wurde nur gewährt, wenn der bezugsberechtigte Elternteil nicht mehr als 30 Stunden pro Woche erwerbstätig war.

#### Elterngeld (Rechtsstand 2011)

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung und ersetzt einen Teil des Nettoerwerbseinkommens der zwölf Monate

vor der Geburt des Kindes, mindestens jedoch 300 Euro und maximal 1 800 Euro pro Monat. Die Ersatzrate hängt von der Höhe des Erwerbseinkommens ab: Für Nettoerwerbseinkommen von 1 240 Euro und mehr beträgt die Ersatzrate 65 Prozent, für Einkommen zwischen 1 220 und 1 240 Euro 66 Prozent und für Einkommen zwischen 1 000 und 1 200 Euro zu 67 Prozent. Für Einkommen unter 1 000 Euro steigt die Ersatzrate für je zwei Euro um 0,1 Prozentpunkte auf maximal 100 Prozent an. Elterngeld wird nur gewährt, wenn der jeweilige Elternteil nicht mehr als 30 Stunden pro Woche erwerbstätig ist. Ist der Elternteil, der Elterngeld bezieht, erwerbstätig, so erhält er ein Teilelterngeld von 67 Prozent der Differenz im Nettoerwerbseinkommen vor und nach Geburt des Kindes, mindestens aber 300 Euro. Familien, in denen ein weiteres Kind unter drei Jahren lebt oder zwei weitere Kinder unter sechs Jahren, erhalten zusätzlich auch einen Geschwisterbonus in Höhe von zehn Prozent des Elterngeldes, mindestens aber 75 Euro. Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das Elterngeld um 300 Euro für jeden Mehrling. Liegt das zu versteuernde Einkommen im letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum über 500 000 Euro (Paare) beziehungsweise 250 000 Euro (Alleinerziehende), entfällt der Anspruch auf Elterngeld. Das Elterngeld unterliegt dem Progressionsvorbehalt. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt beziehungsweise für 14 Monate, falls sich der andere Elternteil mit mindestens zwei Partnermonaten an der Elternzeit beteiligt. Bei Alleinerziehenden mit alleinigem Sorgerecht besteht ebenfalls die Möglichkeit, Elterngeld über 14 Monate zu beziehen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, das Elterngeld 24 beziehungsweise 28 Monate zu beziehen. In diesem Fall halbiert sich der monatliche Transfer.

haben sich die Erwerbsanreize im zweiten Lebensjahr für jene Mütter verändert, die unter dem alten Regime Erziehungsgeld bekommen hätten: Da die Bezugsdauer von Elterngeld grundsätzlich kürzer ist, haben sich für diese Gruppe die Erwerbsanreize im zweiten Lebensjahr erhöht.<sup>4</sup> Damit wurden mit der Einführung des Elterngeldes erstmalig Anreize für einen früheren Erwerbseintritt geschaffen, nachdem zahlreiche Reformen des Bundeserziehungsgeldgesetzes der letzten Jahre die

Rückkehrwahrscheinlichkeit von Frauen in den Arbeitsmarkt tendenziell negativ beeinflusst haben.<sup>5</sup>

Diese Veränderung der Erwerbsanreize im zweiten Lebensjahr lässt sich grafisch anhand von sogenannten „Budgetgeraden“ darstellen. Diese Budgetgeraden zeigen das Nettoeinkommen einer Familie im zweiten Lebensjahr des Kindes in Abhängigkeit der Wochenarbeitszeit der Mutter. Wir zeigen hier drei stilisierte

<sup>4</sup> Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass wir die Möglichkeit, das Elterngeld auf 24 Monate zu strecken, in unserer Studie nicht berücksichtigt haben.

<sup>5</sup> Für eine zusammenfassende Darstellung einschlägiger Studien vgl. Spieß, C. K. (2011): Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wir wirksam sind deutsche Care Policies? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 12, 4-27.

Haushaltstypen: ein verheiratetes Paar mit einem Kind, einmal mit niedrigem Stundenlohn und einmal mit mittlerem Stundenlohn. Die dritte Budgetgerade gilt für den Fall einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind, die einen mittleren Lohn erzielt.<sup>6</sup> Zur Vereinfachung nehmen wir an, dass der Haushalt im zweiten Lebensjahr des Kindes kein Elterngeld bezieht.

Für eine Mutter mit niedrigem Lohn, wie in Abbildung 1 dargestellt, verlaufen beide Budgetgeraden (für das Erziehungsgeld- und das Elterngeld-Szenario) insgesamt sehr flach. Das liegt daran, dass dieser Haushalt Arbeitslosengeld II bezieht, das mit steigendem Erwerbseinkommen entzogen wird. Dies gilt sowohl für das Szenario „Erziehungsgeld“ als auch das Szenario „Elterngeld“. Im Fall des Erziehungsgeldes kommt noch hinzu, dass auch dieses ab einer Einkommensgrenze von 16 500 Euro netto pro Jahr graduell entzogen wurde. Diese Grenze erreicht dieser Haushalt (in dem der Vater per Annahme Vollzeit erwerbstätig ist) bei einer wöchentlichen Arbeitszeit der Mutter von 18 Stunden. Da ab dieser Grenze diesem Haushalt zwei Transferleistungen, Arbeitslosengeld II und Erziehungsgeld entzogen werden, ist die Steigung der Budgetgeraden über dieser Grenze sogar negativ. Das bedeutet, dass das Haushaltseinkommen in diesem Bereich mit jeder zusätzlichen Arbeitsstunde der Mutter sinkt.

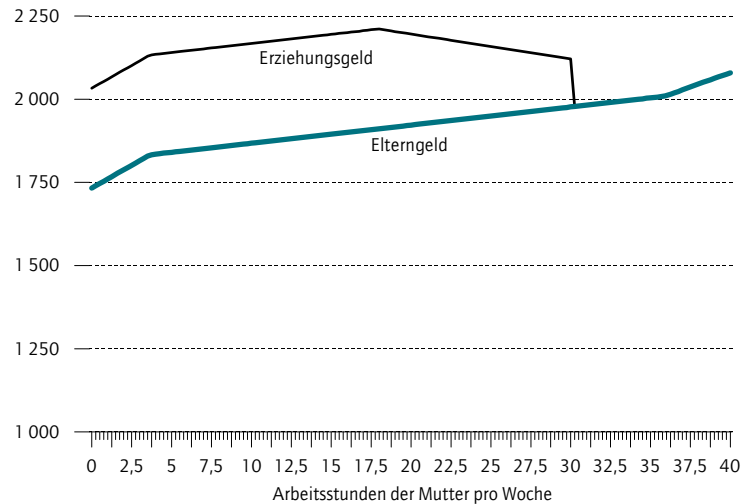
Diese absurden negativen Arbeitsanreize gibt es im Szenario „Elterngeld“ nicht. Hier ist die Steigung der Budgetgerade über den gesamten Bereich positiv, das heißt, mit jeder zusätzlichen Arbeitsstunde der Mutter erhöht sich das Haushaltseinkommen. Im Bereich über 30 Stunden pro Woche fallen beide Budgetgeraden zusammen, da das Erziehungsgeld ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden nicht mehr gewährt wurde.

Anders verhält es sich für einen Haushalt, in dem beide Partner den Medianlohn verdienen. Abbildung 2 zeigt den Anstieg des Haushaltsnettoeinkommens für diesen Haushalt im zweiten Lebensjahr des Kindes. Für diesen Haushalt gibt es keinen Unterschied zwischen dem Szenario „Erziehungsgeld“ und dem Szenario „Elterngeld“, da das Einkommen dieser Familie für den Anspruch auf Erziehungsgeld zu hoch ist, selbst wenn die Mutter nicht arbeitet. Für diese Familie gab es durch die Einführung des Elterngeldes also keine Veränderung der

<sup>6</sup> Wir definieren hier niedrige Löhne als die durchschnittlichen Löhne im untersten Quartil der Stundenlohnverteilung. Zur Berechnung nutzen wir Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Die Stichprobe basiert auf westdeutschen Personen im Alter zwischen 25 und 50 Jahren mit einem Stundenlohn von mindestens drei und höchstens 150 Euro im Jahr 2009. Beamte und Selbständige wurden ausgeschlossen. Damit ergibt sich ein Stundenlohn von 8,2 Euro für Männer und 6,3 Euro für Frauen. Für den zweiten und dritten Fall legen wir den Median der Verteilung zugrunde, damit ergibt sich ein Stundenlohn von 14,6 Euro für Männer und 11,7 Euro für Frauen.

Abbildung 1

**Budgetgerade (Haushaltsnettoeinkommen in Euro pro Monat in Abhängigkeit der Arbeitszeit der Mutter) eines verheirateten Paares mit einem Kind im 2. Lebensjahr, niedrige Löhne**



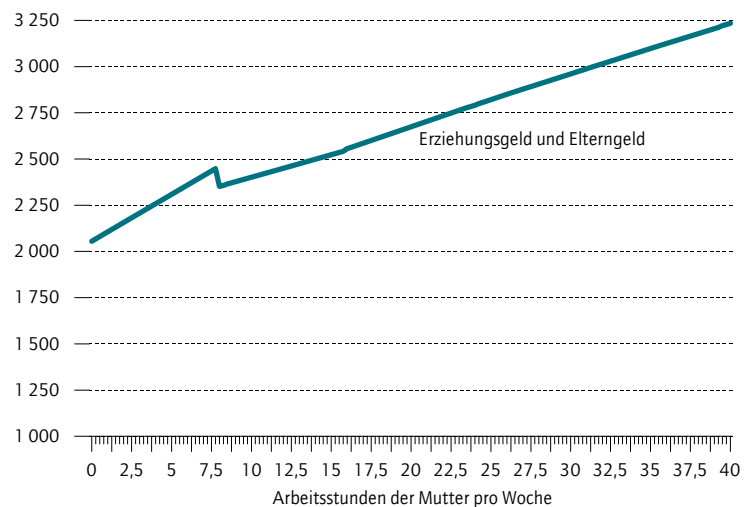
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Unter dem Szenario „Elterngeld“ steigt das Haushaltsnettoeinkommen mit jeder zusätzlichen Arbeitsstunde der Mutter an. Das war unter dem Erziehungsgeld nicht der Fall.

Abbildung 2

**Budgetgerade (Haushaltsnettoeinkommen in Euro pro Monat in Abhängigkeit der Arbeitszeit der Mutter) eines verheirateten Paares mit einem Kind im 2. Lebensjahr, mittlere Löhne**



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Für ein Ehepaar mit mittleren Löhnen haben sich die Erwerbsanreize durch die Einführung des Elterngeldes nicht verändert. Deswegen verlaufen die Kurven für die Szenarien „Elterngeld“ und „Erziehungsgeld“ in diesem Fall identisch.

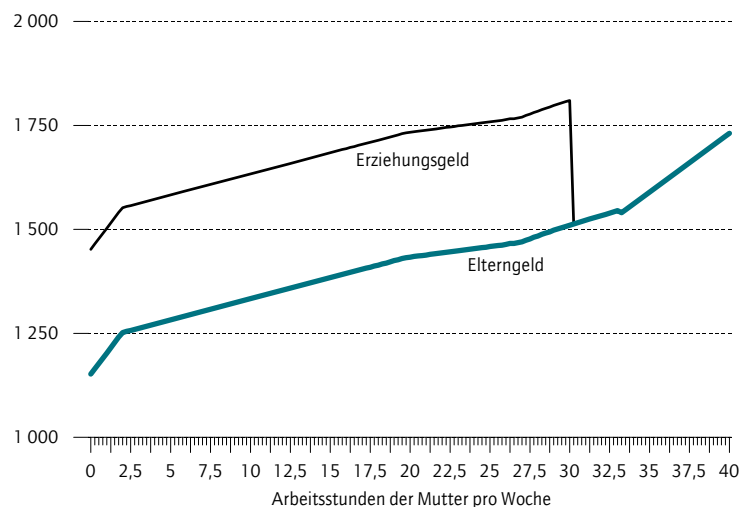
Erwerbsanreize im zweiten Lebensjahr des Kindes.<sup>7</sup> Die beiden Budgetgeraden sind daher identisch.

Die Budgetgeraden in Abbildung 3 zeigen das Einkommen für eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind, die einen Stundenlohn in Höhe des Medians verdient. Hier wird deutlich, dass es für alleinerziehende Mütter mit Löhnen im Bereich des Medians oder darunter auch unter dem Szenario „Erziehungsgeld“ relativ attraktiv war, Teilzeit erwerbstätig zu sein. Eine Erwerbstätigkeit im Ausmaß von über 30 Stunden pro Woche war jedoch sehr unattraktiv, da ab dieser Grenze das Erziehungsgeld komplett entzogen wurde. Da der damit verbundene „Knick“ in der Budgetgerade im Szenario „Elterngeld“ wegfällt, haben sich für diese Gruppe insbesondere die Anreize für eine Vollzeit Erwerbstätigkeit erhöht.

**7** Generell sind die Budgetgeraden auch für Paare mit mittleren Einkommen relativ flach. Das liegt daran, dass die Erwerbsanreize für den Zweitverdiener durch das Ehegattensplitting niedrig sind, da ein relativ hoher Steuersatz angewendet wird (vgl. dazu Bach, S., Geyer, J., Haan, P., Wrohlich, K. (2011): Reform des Ehegattensplittings: Nur eine reine Individualbesteuerung erhöht die Erwerbsanreize deutlich. DIW Wochenbericht 41/2011, 13-19).

Abbildung 3

**Budgetgerade (Haushaltsnettoeinkommen in Euro pro Monat in Abhängigkeit der Arbeitszeit der Mutter) einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind im 2. Lebensjahr, mittlerer Lohn**



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Für alleinerziehende Mütter war Vollzeit-Erwerbstätigkeit im zweiten Lebensjahr des Kindes unter dem Szenario „Erziehungsgeld“ sehr unattraktiv. Das hat sich durch das Elterngeld geändert.

**Auswirkungen der veränderten Erwerbsanreize**

Die Frage, wie sich die Einführung des Elterngeldes auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern ausgewirkt hat, analysieren wir mit der Methode der Mikrosimulation mit Verhaltensanpassung.<sup>8</sup> Hierfür verwenden wir das Mikrosimulationsmodell des DIW Berlin STSM.<sup>9</sup> Das bedeutet, dass wir zunächst basierend auf einem repräsentativen Datensatz, dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)<sup>10</sup>, schätzen, wie das Haushalts-Nettoeinkommen die Erwerbsentscheidung der Mutter beeinflusst. Es werden die SOEP-Erhebungen der Jahre 2004 bis 2010 verwandt. Danach simulieren wir für alle Familien die Nettoeinkommen vor und nach Einführung des Elterngeldes. Darüber hinaus simulieren wir die Erwerbsentscheidungen unter beiden Szenarien. Die Differenz zwischen den beiden vorhergesagten Erwerbsentscheidungen ist als kausaler Effekt der Einführung des Elterngeldes zu interpretieren. Das heißt, dass diese Veränderung ursächlich auf das Elterngeld zurückzuführen ist und nicht auf andere Veränderungen, die zeitgleich stattgefunden haben, wie zum Beispiel der Ausbau der öffentlich finanzierten Kinderbetreuungsinfrastruktur.<sup>11</sup>

Wie bereits dargestellt wurde, führt das Elterngeld zu sehr unterschiedlichen Anreizen, je nach Einkommen, Beschäftigung vor der Geburt oder Anzahl der Kinder. Daher berechnen wir die Effekte nicht nur für den Bevölkerungsdurchschnitt, sondern auch für drei unterschiedliche Haushaltstypen: verheiratete Frauen mit einem Kind, verheiratete Frauen mit zwei Kindern und Alleinerziehende mit einem Kind. Diese drei Haus-

**8** Das DIW Berlin hat bereits in einer Studie aus dem Jahr 2006 auf Basis eines ähnlichen Modells eine Ex-ante-Evaluation unterschiedlicher Elterngeldszenarien durchgeführt, die zum damaligen Zeitpunkt in der Diskussion waren. In der vorliegenden aktuellen Simulation bilden wir exakt und ausschließlich die Regelungen des Elterngeldes ab, wie es im Jahr 2007 in Kraft getreten ist. Von daher sind die Ergebnisse der beiden Simulationen nicht im Detail miteinander zu vergleichen, vgl. Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2006): Elterngeld: Kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet. In: DIW Wochenbericht Nr. 48, 689-693 sowie Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2008): Parental Leave Reform in Germany: Costs and Labor Market Outcomes of Moving towards the Nordic Model. In: Population Research and Policy Review, Nr. 27/5, 575-591.

**9** Steiner V., Wrohlich, K., Haan, P., Geyer, J. (2008): Documentation of the Tax-Benefit Microsimulation Model STSM: Version 2008, DIW Data Documentation Nr. 31.

**10** Das SOEP ist ein für Deutschland repräsentatives Haushalts- und Personenpanel. Seit 1984 werden im Auftrag des DIW von TNS Infratest Sozialforschung Informationen zum Haushalt und allen dort lebenden Personen erhoben.

**11** Die Ergebnisse der Simulationen wurden durch Ergebnisse einer anderen Evaluationsmethode auf Basis von Daten aus dem Mikrozensus bestätigt. Siehe dazu Wrohlich et al. (2012), a. a. O.

haltstypen werden zudem nach Region und Einkommen differenziert.<sup>12</sup>

### Im ersten Lebensjahr des Kindes arbeiten weniger Mütter

Mit Ausnahme der Gruppe der verheirateten Frauen mit zwei Kindern und niedrigem Einkommen finden wir für alle verheirateten Mütter im ersten Lebensjahr des Kindes – wie erwartet – negative Arbeitsangebotseffekte. Dies gilt sowohl für teilzeit- als auch für vollzeiterwerbstätige Mütter. Für Mütter mit einem Kind ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in den ersten zwölf Lebensmonaten ihres Kindes eine Teilzeit-

beschäftigung aufnehmen, aufgrund des Elterngeldes um einen Prozentpunkt niedriger (Tabelle 1), das bedeutet eine prozentuelle Veränderung um fünf Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, eine Vollzeitstätigkeit in diesem Zeitraum aufzunehmen, ist um rund 0,7 Prozentpunkte (14 Prozent) niedriger. Die stärksten Effekte finden wir für verheiratete Mütter mit hohem Einkommen. Für Alleinerziehende finden wir im Durchschnitt keine Veränderungen der Erwerbstätigkeit im ersten Lebensjahr des Kindes aufgrund der Einführung des Elterngeldes. Ähnlich wie bei Haushalten mit geringen Einkommen bestand vor der Reform in der Regel ein Anspruch auf Erziehungsgeld, und die Elterngeldreform hat dieses „Einkommen“ im ersten Jahr nicht verändert.

Diese negativen Beschäftigungseffekte sind nicht überraschend, wenn man sich die Anreize, die im ersten Lebensjahr vom Elterngeld ausgehen, in Erinnerung ruft. Die Erwerbsanreize sinken in diesem Zeitraum vor allem für Mütter, die nach dem alten Regime keinen Anspruch auf Erziehungsgeld gehabt hätten. Das ist die

<sup>12</sup> Dabei wird zwischen „niedrigem“ und „hohem Einkommen“ unterschieden. Niedriges Einkommen bedeutet Lohnneinkommen des Mannes in Höhe von 11,3 Euro brutto pro Stunde und Lohnneinkommen der Mutter in Höhe von 9,1 Euro brutto pro Stunde. „Hohes Einkommen“ bedeutet Lohnneinkommen des Mannes in Höhe von 19,5 Euro brutto pro Stunde und Lohnneinkommen der Mutter in Höhe von 12,6 Euro brutto pro Stunde.

Tabelle 1

### Veränderung der Erwerbstätigkeit im 1. Lebensjahr des Kindes

	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 1. Lebensjahr des Kindes eine Teilzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Teilzeit-Tätigkeit	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 1. Lebensjahr des Kindes eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Vollzeit-Tätigkeit
	In Prozent	In Prozentpunkten	In Prozent	In Prozentpunkten
<b>Familie mit einem Kind</b>				
Insgesamt	22,0	-1,05**	4,3	-0,69**
West	22,4	-1,12**	3,6	-0,59**
Ost	20,0	-0,51**	10,5	-1,01**
Niedriges Einkommen	21,0	-0,44**	3,8	-0,35**
Hohes Einkommen	22,5	-1,50**	4,6	-0,81**
<b>Familie mit zwei Kindern</b>				
Insgesamt	20,3	-0,83**	2,7	-0,30**
West	21,0	-0,84**	2,3	-0,25**
Ost	18,1	-0,28**	6,4	-0,45**
Niedriges Einkommen	18,1	0,32**	2,2	-0,06**
Hohes Einkommen	20,4	-0,63**	2,9	-0,42**
<b>Alleinerziehende mit einem Kind</b>				
Insgesamt	16,8	0,00	3,5	0,00
West	17,1	0,00	2,9	0,00
Ost	15,9	0,00	8,7	0,00

\*\* Signifikant auf dem 5%-Niveau.

Quelle: Wrohlich et al. (2012), a. a. O.

Im ersten Lebensjahr des Kindes sinkt aufgrund der Einführung des Elterngeldes die Wahrscheinlichkeit für fast alle Mütter, eine Teilzeit- oder Vollzeitstätigkeit aufzunehmen.

Tabelle 2

**Veränderung der Erwerbstätigkeit im 2. Lebensjahr des Kindes**

	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 2. Lebensjahr des Kindes eine Teilzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Teilzeit-Tätigkeit	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 2. Lebensjahr des Kindes eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Vollzeit-Tätigkeit
	In Prozent	In Prozentpunkten	In Prozent	In Prozentpunkten
<b>Familie mit einem Kind</b>				
Gesamt	22,9	0,56**	4,9	0,12**
West	23,4	0,56**	4,1	0,10**
Ost	17,4	2,13**	10,3	1,28**
Niedriges Einkommen	19,6	2,56**	4,1	0,54**
Hohes Einkommen	23,1	0,76**	5,1	0,16**
<b>Familie mit zwei Kindern</b>				
Gesamt	21,2	1,16**	3,1	0,17**
West	21,9	0,71**	2,6	0,08**
Ost	17,1	1,66**	6,7	0,91**
Niedriges Einkommen	19,5	1,20**	2,5	0,33**
Hohes Einkommen	22,4	0,32**	3,3	0,05**
<b>Alleinerziehende mit einem Kind</b>				
Gesamt	18,7	-0,09**	3,8	0,56**
West	19,1	-0,07	3,2	0,48**
Ost	16,4	-0,20	9,3	1,27**

\*\* Signifikant auf dem 5%-Niveau.

Quelle: Wrohlich et al. (2012), a. a. O.

© DIW Berlin 2012

Im zweiten Lebensjahr des Kindes steigt die Erwerbsbeteiligung aufgrund der Einführung des Elterngeldes insbesondere für Mütter mit niedrigem Einkommen.

Erklärung dafür, dass die Effekte für Mütter mit hohem Einkommen stärker ausfallen.<sup>13</sup>

**Im zweiten Lebensjahr des Kindes kehren viele in den Job zurück**

Das Bild verändert sich während des zweiten Jahres nach der Geburt. Hier finden wir für alle Frauen positive Beschäftigungseffekte aufgrund der Einführung des Elterngeldes (Tabelle 2). So steigt zum Beispiel die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit für Mütter mit einem Kind, in dem Zeitraum des 13. bis 24. Lebensmonats des Kindes eine Teilzeiterwerbstätigkeit aufzunehmen, um 0,6 Prozentpunkte. Ausgehend von einem Anteil von knapp 23 Prozent, ist das ein Anstieg um knapp drei Prozent. Für Mütter in Ostdeutschland steigt sie sogar um über zwei Prozentpunkte beziehungsweise

zwölf Prozent. Für Mütter mit niedrigem Haushaltseinkommen ist der Effekt noch höher – über 2,5 Prozentpunkte (beziehungsweise 13 Prozent) –, aber auch in der Gruppe der Mütter mit hohem Einkommen finden wir signifikant positive Effekte. Für Mütter mit zwei Kindern sind die Effekte in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland.

Die positiven Beschäftigungseffekte im zweiten Lebensjahr des Kindes lassen sich wiederum durch die veränderten Anreize erklären. Vor allem für Haushalte, die früher Erziehungsgeld bekommen hätten, also Haushalte mit niedrigem Einkommen, steigen im zweiten Jahr die Erwerbsanreize durch den Wegfall des Transfers. Aus diesem Grund finden wir für diese Gruppe die höchsten Effekte. Dass die Effekte im Osten höher sind als im Westen, liegt an durchschnittlich geringeren Einkommen und vermutlich auch an einer besseren Kinderbetreuungsinfrastruktur.

Die Wahrscheinlichkeit, innerhalb der ersten zwei Lebensjahre eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, hat sich für den Durchschnitt aller Mütter nicht wesentlich verändert (Tabelle 3). Die Effekte unterscheiden sich aber

<sup>13</sup> Familienpolitisch ist dieser Effekt darüber hinaus gewollt, da er Familien einen sogenannten „Schonraum“ im ersten Lebensjahr schafft und die „wirtschaftliche Stabilität“ von Familien im ersten Lebensjahr sichert (vgl. dazu Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes. Drucksache des Deutschen Bundestags Nr. 16/1889).



Tabelle 3

**Veränderung der Erwerbstätigkeit im 1. und 2. Lebensjahr des Kindes (Gesamteffekt)**

	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 1. und 2. Lebensjahr des Kindes eine Teilzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Teilzeit-Tätigkeit	Anteil der Mütter, die vor Einführung des Elterngeldes im 1. und 2. Lebensjahr des Kindes eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit aufgenommen haben	Übergang von Nichterwerbstätigkeit in Vollzeit-Tätigkeit
	In Prozent	In Prozentpunkten	In Prozent	In Prozentpunkten
<b>Familie mit einem Kind</b>				
Gesamt	44,8	-0,49**	9,2	-0,58**
West	45,8	-0,56**	7,8	-0,49**
Ost	37,3	1,62**	20,9	0,28
Niedriges Einkommen	40,6	2,13**	7,9	0,19
Hohes Einkommen	45,6	-0,74**	9,6	-0,65**
<b>Familie mit zwei Kindern</b>				
Gesamt	41,5	0,33**	5,8	-0,13
West	42,9	-0,13	4,9	-0,17
Ost	35,1	1,38**	13,1	0,46
Niedriges Einkommen	37,6	1,52**	4,7	0,28**
Hohes Einkommen	42,8	-0,31**	6,2	-0,37**
<b>Alleinerziehende mit einem Kind</b>				
Gesamt	35,6	-0,09**	7,3	0,56**
West	36,2	-0,07**	6,2	0,48**
Ost	32,3	-0,20**	18,0	1,27**

\*\* Signifikant auf dem 5%-Niveau.

Quelle: Wrohlich et al. (2012), a. a. O.

© DIW Berlin 2012

Zwei Jahre nach der Geburt eines Kindes ist die Erwerbsbeteiligung bei Müttern mit niedrigem Einkommen seit Einführung des Elterngeldes höher als davor.

in Abhängigkeit von Region, Einkommen, Kinderzahl und Familienstand: Für Mütter in Ostdeutschland und für verheiratete Mütter mit niedrigen Einkommen in Ost- und Westdeutschland finden wir signifikant positive Effekte.

Bei den verheirateten Frauen überwiegen die Arbeitsangebotseffekte in Teilzeitbeschäftigung. Diese fallen mit rund zwei Prozentpunkten beziehungsweise fünf Prozent (ein Kind) und rund 1,5 Prozentpunkten beziehungsweise vier Prozent (zwei Kinder) besonders hoch für Frauen mit niedrigen Einkommen aus. Für Frauen in Ostdeutschland sind die Teilzeiteffekte mit 1,6 (ein Kind) und 1,4 Prozentpunkten (zwei Kinder) fast ebenso hoch (beide Werte entsprechen einer prozentuellen Änderung von vier Prozent). Für Frauen mit niedrigen Einkommen und zwei Kindern finden wir einen geringen Anstieg in Vollzeitbeschäftigung um rund 0,3 Prozentpunkte beziehungsweise sechs Prozent.

Da alleinerziehende Frauen ihr Arbeitsangebot im ersten Jahr nach der Geburt durch die Einführung des Elterngeldes nicht verändern, entspricht der Gesamteffekt dem Beschäftigungseffekt im zweiten Jahr. Wir

finden negative Beschäftigungseffekte in Teilzeitbeschäftigung, die von positiven Effekten in Vollzeitarbeit kompensiert werden. Der Vollzeiteffekt (1,3 Prozentpunkte beziehungsweise sieben Prozent) ist besonders groß für Alleinerziehende in Ostdeutschland.

Um die Größenordnung der Arbeitsangebotseffekte besser bewerten zu können, ist es sinnvoll, die Ergebnisse anderer Simulationen familienpolitischer Reformen zum Vergleich heranzuziehen. Dabei zeigt sich, dass die Stärke der Effekte, die aufgrund der Einführung des Elterngeldes für Mütter mit niedrigem Einkommen identifiziert wurden, vergleichbar sind mit Effekten größerer Reformen im Bereich der öffentlich finanzierten Kinderbetreuung, zum Beispiel einer sofortigen Ausweitung der „Kita“-Plätze auf alle Kinder unter drei Jahren. Für eine solche hypothetische Reform haben wir in einer früheren Studie<sup>14</sup> eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter drei Jahren um rund drei Prozentpunkte gefunden.

<sup>14</sup> Wrohlich, K. (2011): Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market. DIW Discussion Paper Nr. 1169. Berlin.

## Fazit

Die Veränderung der Erwerbsanreize aufgrund der Einführung des Elterngeldes hängt entscheidend von zwei Faktoren ab: Zum einen vom Haushaltseinkommen, denn nur Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen hatten Anspruch auf Erziehungsgeld. Zum zweiten vom Erwerbseinkommen vor Geburt des Kindes, denn dies hat wiederum Einfluss auf die Höhe des Elterngeldes. Tendenziell können die Wirkungen des Elterngeldes wie folgt zusammengefasst werden: Für Mütter mit niedrigem Haushaltseinkommen gibt es im ersten Lebensjahr keine starke Änderung der Erwerbsanreize, dafür steigen die Erwerbsanreize im zweiten Lebensjahr aufgrund des Wegfalls des Erziehungsgeldes. Für Mütter mit hohem eigenen Erwerbseinkommen vor der Geburt und/oder hohem Haushaltseinkommen verändern sich die Erwerbsanreize im ersten Lebensjahr: Der Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit wird durch das Elterngeld attraktiver, denn diese Mütter hätten kein Erziehungsgeld bekommen. Im zweiten Lebensjahr ändern sich für diese Mütter die Erwerbsanreize nicht – sie hätten auch vor der Einführung des Elterngeldes im zweiten Lebensjahr keine Transferleistung bekommen.

Die Ergebnisse unserer empirischen Analyse zeigen, dass aufgrund des Elterngeldes signifikant mehr Mütter im ersten Lebensjahr ihrer Kinder die Erwerbstätigkeit unterbrechen. Im zweiten Lebensjahr ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter wieder eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, im Vergleich zum Erziehungsgeld gestiegen. Vor allem für Mütter mit niedrigem Einkommen sind die Erwerbsquoten nach zwei Jahren höher als vor Einführung des Elterngeldes. Die höhere Erwerbsbeteiligung insbesondere dieser Mütter mit niedrigem Einkommen hat wiederum Auswirkungen auf ihr Einkommen. Neben den unmittelbaren Wirkungen auf das Haushaltseinkommen hat eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zudem einen positiven Effekt auf die zu erwartende gesetzliche Rente im Alter. Aus anderen

empirischen Studien ist bekannt, dass längere Erwerbsunterbrechungen dazu führen, dass das Einstiegsgehalt bei Wiederaufnahme der Beschäftigung nach einer Erwerbsunterbrechung in der Regel niedriger ist, als wenn kürzere Erwerbsunterbrechungen vorliegen. Auch diesen indirekten Lohneffekt verringert das Elterngeld bei einer Gruppe von Frauen, bei denen aus sozialpolitischer Perspektive eine Sicherung ihrer wirtschaftlichen Stabilität von besonderer Bedeutung ist.

Wenn diesen Müttern, insbesondere auch jenen im unteren Einkommensbereich ein Erwerbseinstieg gelingen soll, muss darüber hinaus eine bedarfsgerechte und kostengünstige Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen. Mit dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) wurden hier wichtige Weichenstellungen erzielt, die die Wirkungen des Elterngeldes im Sinne einer konsistenten Familienpolitik ergänzen – auch von daher sollten die verantwortlichen Akteure insbesondere in Westdeutschland nicht nachlassen, den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur weiter voranzubringen. Die Einführung eines Betreuungsgeldes,<sup>15</sup> das wiederum insbesondere die Erwerbsanreize von Müttern im niedrigen Einkommensbereich betrifft, wäre inkonsistent, da die durch das Elterngeld erzielten Veränderungen in den Erwerbsanreizen von Müttern konterkariert würden.<sup>16</sup> Dies kann nicht das Ziel einer konsistenten und nachhaltigen Familienpolitik sein.

<sup>15</sup> Über die Einführung eines Betreuungsgeldes wird seit einiger Zeit in Politik und Medien viel diskutiert. Im Kern handelt es sich laut aktuellem Stand der öffentlichen Diskussion um eine Geldleistung an die Eltern, die für ihr Kind keine ganztägige öffentlich finanzierte Kinderbetreuung nutzen. Diskutiert wird fernerhin, inwiefern eine Teilzeiterwerbstätigkeit möglich ist, ohne den Anspruch auf ein Betreuungsgeld zu verlieren.

<sup>16</sup> Beninger, D., Bonin, H., Horstschräer J., Mühler, G. (2010): Wirkungen eines Betreuungsgeldes bei bedarfsgerechtem Ausbau frühkindlicher Kindertagesbetreuung: Eine Mikrosimulationsstudie. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 79 (3), 147-168.

Johannes Geyer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat | [jgeyer@diw.de](mailto:jgeyer@diw.de)

Dr. Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat | [phaan@diw.de](mailto:phaan@diw.de)

Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildungspolitik | [kspiess@diw.de](mailto:kspiess@diw.de)

Dr. Katharina Wrohlich ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat | [kwrohlich@diw.de](mailto:kwrohlich@diw.de)

JEL: J22, H31

Keywords: Labor supply, parental leave, policy evaluation



Dr. Katharina Wrohlich,  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin,  
Abteilung Staat am DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN KATHARINA WROHLICH

»Die Ziele des Elterngeldes wurden im Großen und Ganzen erreicht«

1. Frau Dr. Wrohlich, vor rund fünf Jahren hat man sich in Deutschland vom Erziehungsgeld verabschiedet und das Elterngeld eingeführt. Wie hat diese Maßnahme die Situation junger Eltern verändert? Viele Eltern, die unter dem Erziehungsgeld keinen Anspruch auf eine staatliche Leistung gehabt hätten, weil sie von ihrem Haushaltseinkommen her über den Grenzen des Erziehungsgeldes lagen, bekommen jetzt durch das Elterngeld im ersten Lebensjahr des Kindes teilweise eine recht großzügige staatliche Transferleistung. Allerdings gab es das Erziehungsgeld für einen Zeitraum von zwei Jahren, während das Elterngeld für maximal 14 Monate gezahlt wird.
2. Wer profitiert am meisten vom Elterngeld? Im ersten Lebensjahr gibt es kaum Verlierer. Am meisten profitieren jene Familien, in denen der Elternteil, der die Betreuung übernimmt, ein besonders hohes Einkommen vor der Geburt des Kindes gehabt hat, weil das Elterngeld im Unterschied zum früheren Erziehungsgeld von der Höhe des Erwerbseinkommens vor der Geburt des Kindes abhängt.
3. Wie hat sich die Einführung des Elterngeldes auf die Rückkehr von Müttern in das Arbeitsleben ausgewirkt? Die meisten Frauen nehmen aufgrund der Einführung des Elterngeldes wieder früher ihre Erwerbstätigkeit auf. Für Mütter mit hohem Einkommen finden wir keine großen Effekte, aber wir finden durchaus nennenswerte Effekte für Mütter mit niedrigem Haushaltseinkommen. Hier zeigt sich, dass zwei Jahre nach der Geburt des Kindes der Anteil der Mütter, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, um zwei Prozentpunkte höher liegt als unter dem alten Erziehungsgeld. Das entspricht einer prozentualen Erhöhung um fünf Prozent.
4. Sind also Mütter mit höherem Einkommen weniger gezwungen, früher in den Beruf zurückzukehren, weil sie es sich leisten können, sich länger um ihre Kinder zu kümmern? So würde ich das nicht formulieren. Für

Mütter mit hohem Einkommen haben sich die Anreize dahingehend verändert, dass sie durch die Möglichkeit des Elterngeldes im ersten Jahr häufiger die Erwerbstätigkeit unterbrechen. Im zweiten Lebensjahr finden wir hingegen kleine positive Effekte in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung. Das heißt, auch Mütter mit hohem Einkommen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, im zweiten Lebensjahr wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Aber die größeren Effekte finden wir für Mütter mit niedrigerem Einkommen, weil die Reform für diese Gruppe die stärkere Änderung in den Anreizen gebracht hat.

5. Wurden die Ziele, die mit der Einführung des Elterngeldes verbunden waren, Ihrer Meinung nach erreicht? Die Ziele wurden meiner Meinung nach zum guten Teil erreicht. Ein Ziel war es, den Familien einen finanziellen Schonraum zu ermöglichen, damit sich die Eltern ohne große finanzielle Einbußen in der ersten Lebensphase besonders stark um das Kind kümmern können. Das ist erreicht worden, denn das durchschnittliche Einkommen im ersten Lebensjahr des Kindes ist deutlich gestiegen. Das zweite Ziel war, die eigenständige wirtschaftliche Existenz beider Elternteile zu fördern, also dass Mütter früher wieder in ihren Beruf zurückkehren und keine langen Erwerbsunterbrechungen haben. Das wirkt sich positiv auf ihre Löhne und ihre Rente aus. Wir finden diesen positiven Effekt gerade für die Gruppen, für die es sozialpolitisch wesentlich ist. Ein drittes Ziel war, dass man die Beteiligung beider Elternteile durch die zwei Partnermonate fördern wollte. Auch das haben wir im Elterngeldmonitor untersucht. Tatsächlich verbringen Väter in Elternzeit deutlich mehr Zeit mit ihren Kindern, und deren Partnerinnen sind während dieser Zeit fast doppelt so häufig erwerbstätig wie Mütter, deren Partner nicht in Elternzeit sind. Insofern würde ich sagen, dass die Ziele des Elterngeldes im Großen und Ganzen erreicht wurden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

# Verhaltensexperimente zur persönlichen Privatsphäre erfordern neue Standards

Von Nicola Jentsch

Einkaufen in Internet, die Nutzung von sozialen Netzen oder Online-Banking gehören zum Alltag der Verbraucher in Deutschland. Das Thema Privatsphäre und Datenmissbrauch ist deshalb nahezu täglich in den Medien. Da ist es erstaunlich, dass fundiertes wissenschaftliches Wissen, wie Verbraucher mit ihren persönlichen Daten umgehen, größtenteils fehlt. Die öffentliche Diskussion zum Thema basiert zumeist auf Verbraucherumfragen sowie unsystematischen Beobachtungen und Eindrücken, wie viel Menschen über sich in verschiedenen Situationen preisgeben. Fragen, wie Menschen ihre persönlichen Daten bewerten und in welchen Situationen sie ihre Privatsphäre schützen, stehen im Zentrum von neuen experimentellen Forschungsarbeiten, die hier vorgestellt werden. Bislang haben sich nur wenige Forscher daran gewagt, Experimente zu diesem Thema durchzuführen, da sie von den klassischen Standards ökonomischer Experimente abweichen und außerdem ethisch bedenklich sein können.

In der öffentlichen Diskussion um die persönliche Privatsphäre und um den Datenschutz werden die meist sehr unterschiedlichen Situationen, in denen Menschen Daten über sich preisgeben, oft nicht differenziert betrachtet. Dadurch sind die Debatten oft wenig zielführend. Beispielsweise ist es eine gängige Annahme, die sozialen Netze belegten, dass vielen Nutzern ihre Privatsphäre immer weniger wert sei und sich deren Wertschätzung vor allem in der Jugend stark verändert habe.<sup>1</sup> Solche Aussagen werden zudem oft generalisiert und auf andere Lebensbereiche übertragen. Zunächst muss aber grundsätzlich zwischen sozialem und ökonomischem Tausch unterschieden werden. Ein sozialer Tausch basiert nicht auf Geld, sondern auf Reziprozität: Nutzer eines sozialen Netzes tauschen ihre persönlichen Informationen „unter Freunden“ aus, um reziprok Zugang zu deren Profilen zu bekommen. Dass mit Facebook ein marktdominantes Unternehmen mit Sitz in den USA diese Daten sammelt, kompiliert und für zielgerichtete Werbung benutzt, steht nicht im Vordergrund des Kalküls der Nutzer des Netzwerks. Dies ist vielen Nutzern auch gar nicht bewusst. Des Weiteren handelt es sich bei der Preisgabe in sozialen Netzen meist um eine positive Selbstdarstellung und selten um die Preisgabe von sensiblen Informationen wie Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus oder Gewalt in der Familie.

## Verbraucher sind beim Einkauf von der Datenpreisgabe oft abgelenkt

Beim ökonomischen Tausch spielt Geld eine Rolle. So kann es zu Situationen kommen, in denen Verbraucher bezahlt werden für die Preisgabe von Informationen, wie zunehmend beobachtbar in der Marktforschung.<sup>2</sup> Oder

<sup>1</sup> Botschafter dieser Nachricht ist (wenig überraschend) Mark Zuckerberg, der Gründer des sozialen Netzes FaceBook, siehe Johnson, B. (2010): Privacy no longer a social norm, says Facebook founder. The Guardian, 11.01.2010.

<sup>2</sup> Siehe auch Kommentar von Schupp, J. (2012): Die verborgenen Kosten monetärer Anreize – lohnt sich Motivierung durch Incentivierung? DIW Wochenbericht Nr. 6 vom 8. Februar 2012.

Informationen sind lediglich ein sogenannter Beifang der *eigentlichen* Transaktion, beispielsweise des Kaufes eines Buches, einer Versicherung oder eines Autos. In diesen Fällen ist der Verbraucher auf die Haupttransaktion konzentriert (Buch, Auto, Versicherung), die Informationspreisgabe stellt für ihn nur eine Nebentransaktion dar.

Unter Umständen müssen persönliche Daten auch angegeben werden, um das gekaufte Gut geliefert zu bekommen. Dann ist der Kauf faktisch auf die Preisgabe konditioniert. Dasselbe gilt bei Konditionierung auf bestimmte elektronische Zahlungsverfahren, bei denen automatisch persönliche Daten entstehen, wie der Kreditkartenzahlung. Bei der Datenpreisgabe aus ökonomischen Zwecken (und Notwendigkeiten) spielt freundschaftliche Reziprozität und positive Selbstdarstellung also kaum eine Rolle.

### In Experimenten zur Privatsphäre müssen die Teilnehmer auf Anonymität verzichten

In der Vergangenheit ist zwar auch in der experimentellen Wirtschaftsforschung viel zu privaten Informationen geforscht worden, da Informationsasymmetrien in vielen Märkten sehr wichtig sind. Allerdings spielte die Identität der Probanden in den Experimenten dabei keine Rolle. Fast alle ökonomischen Experimente finden unter Bedingungen der Anonymität statt, weil Identifikation ganz erhebliche Auswirkungen auf das (ökonomische) Verhalten von Probanden hat (sogenannte „Kontamination ökonomischer Anreize“).<sup>3</sup>

Dies ist in Experimenten zur persönlichen Privatsphäre gewollt, da Probanden identifiziert werden. In der entsprechenden Literatur werden sie deshalb auch als nicht-standardkonforme Experimente bezeichnet. Um in einem Verhaltensexperiment Bedenken zur persönlichen Privatsphäre zu generieren, müssen sensitive Informationen<sup>4</sup> ins Spiel kommen, was das Design und die Durchführung solcher Experimente erheblich erschwert und ethische Bedenken auslösen kann. So besteht die Frage, welche Informationen persönlich und sensitiv sind und darüber hinaus verifiziert werden können.

Ihre Offenlegung darf Probanden außerhalb des Labors nicht dauerhaft schaden, was bei Realdaten wie Finanz- oder Gesundheitsinformationen der Fall sein kann. Dies wird auch im Folgenden an einem neuen experimentellen Design erläutert.

### „Gute“ und „schlechte“ Typen im Labor

In einem Experiment<sup>5</sup>, das am DIW Berlin in Kooperation mit dem Royal Holloway College entwickelt wurde, werden die Probanden in „gute“ und „schlechte“ Typen aufgrund ihres Ergebnisses aus einem logischen Test unterteilt.<sup>6</sup> Gute Typen haben viele Fragen richtig beantwortet, schlechte Typen nicht. Die Probanden können das Testergebnis zusammen mit ihrem Namen offenlegen, um einen Preisnachlass auf ein Gut zu bekommen. Dieser Preisnachlass ist unabhängig von dem Testergebnis. Dies ist vergleichbar mit einer Situation, in der Verbraucher ihre Daten beim Einkauf offenlegen, die direkt oder indirekt auf ihre Gesundheit, Interessen oder Vorlieben schließen lassen, insbesondere wenn sie beim Einkauf Discount-Karten benutzen, mit denen detaillierte Verbraucherprofile erstellt werden können.

In dem entwickelten experimentellen Design besteht die Möglichkeit, dass die persönlichen Daten des Einkaufs bei der Firma, bei der der Einkauf getätigt wurde, kompromittiert werden. Bei Koinzidenz dieses Falls mit einem experimentellen Zufallszug kommt es zur Veröffentlichung der Daten während des Experiments. Die Probanden sind über diese Umstände voll informiert, wie in Experimenten üblich.<sup>7</sup> Vorläufige theoretische Prognosen, basierend auf einem ökonomischen Modell, lassen darauf schließen, dass gute Typen immer ihre Daten preisgeben werden, um den Preisvorteil zu erhalten, und schlechte Typen dies nur dann tun, wenn der Preisvorteil sie für den potentiellen Privatsphären-Schock (über-)kompensiert. Die empirischen Tests werden noch in diesem Jahr durchgeführt. Es ist wichtig, festzuhalten, dass Laborexperimente so gut wie nie Eins-zu-eins-Abbildungen der Realität sind, da man hier ganz bestimmte Effekte messen möchte und dies bei einer Vielfalt der Stimuli schlecht möglich ist. Laborexperimente sollten aber, wenn möglich, durch Feldexperimente flankiert werden.

<sup>3</sup> Beispiele für Verhaltensänderungen sind zu finden in Bohnet, I., Frey, B.S. (1999). The Sound of Silence in Prisoner's Dilemma and Dictator Games. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, 38 (1), 43-57 und Charness, G., Gneezy, U. (2008): What's in a Name? Anonymity and Social Distance in Dictator and Ultimatum Games. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, 68 (1), 29-35.

<sup>4</sup> Was für sensitiv gehalten wird, bestimmt sich größtenteils durch den Kontext. Dabei kann es sich um Gesundheits- oder Einkommensdaten, Schul- und Universitätsnoten oder andere persönliche Informationen handeln.

<sup>5</sup> Dieses Experiment wird durch einen Google Research Award finanziert.

<sup>6</sup> Giannetti, C., Jentzsch, N. (2011): Disclosure of Personal Information under the Risk of Privacy Shocks. Mimeo. [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1988854](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1988854).

<sup>7</sup> In der Realität müssen Firmen ihre Kunden über Vertragsklauseln informieren, an wen ihre persönlichen Daten weitergegeben werden. Des Weiteren besteht in den Ländern der Europäischen Union für Telekommunikationsunternehmen die Pflicht, alle betroffenen Kunden über Datenschutzspannen zu informieren (EU Directive 2009/136/EC). Es wird diskutiert, diese Regel auf andere Unternehmen auszudehnen.

### Fazit

Privatsphäre ist ein Grundrecht in unserer Gesellschaft. Sie ist aber auch eine soziale Norm und daher Veränderungen ausgesetzt. Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, dass Menschen ihre persönliche Privatsphäre schätzen. Dem steht nur scheinbar die allgemeine Beobachtung entgegen, dass mehr und mehr Menschen Persönliches über sich in sozialen Netzen preisgeben. Dies gilt beim Durchschnittsnutzer nur für bestimmte, größtenteils positive Informationen und weniger für solche, die einen starken negativen Reputationseffekt für die Person auslösen könnten.

Reziproker Tausch in sozialen Netzen ist zudem nicht gleichzusetzen mit Datenpreisgabe in ökonomischen Transaktionen, wie dem Einkauf im Internet. Es handelt sich bei letzterem um eine Einzelfallentscheidung, bei der es weniger um freundschaftliche Reziprozität geht. Stellt man Verbrauchern in ökonomischen Transaktionen eine datenschutzfreundliche Alternative zur Verfügung, beispielsweise in dem Fall sonst identischer Angebote zweier Firmen, dann bevorzugen sie den datenschutzfreundlicheren Anbieter. Wie das dargestellte experimentelle Design zeigt, ist es eine komplexe Aufgabe, ein Experiment zur persönlichen Privatsphäre

aufzusetzen. Es muss sich um verifizierbare persönliche Daten von Probanden handeln, also Informationen, über die sie nicht lügen können. Die Sensitivität von Information nimmt ab, sobald Probanden lügen können und/oder die Informationen nicht überprüfbar sind. Bleiben Probanden anonym, so nimmt die Sensitivität der Daten ebenfalls ab, die dann auch nicht mehr persönlich sind.

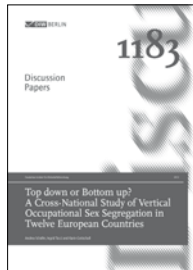
Insgesamt ist es notwendig, mehr Experimente im Bereich der persönlichen Privatsphäre durchzuführen, hierzu gehören dann insbesondere auch Feldexperimente. Diese helfen uns zu verstehen, wie Personen den Wert ihrer persönlichen Daten in ökonomischen Transaktionen einschätzen und in welchen Situationen sie ihre Privatsphäre schützen, indem sie ihre Daten nicht offenlegen. Hierzu ist Unterstützung aus der Politik notwendig. Beispielsweise sollte es mehr Forschungsförderung für eben solche Verhaltensexperimente geben. Ihre Ergebnisse sollten außerdem stärkere Beachtung in den Regulierungsbehörden finden, um verhaltensbasierte Datenschutzregeln zu entwickeln. Zudem ist aber auch mehr Offenheit von den Verantwortlichen in Experimentallaboren gefordert, diese nicht standardkonformen Experimente zu unterstützen. Mit nur wenigen Ausnahmen ist hier noch viel Überzeugungsarbeit notwendig.

Nicola Jentzsch ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher | [njentzsch@diw.de](mailto:njentzsch@diw.de)

JEL: D43, L14, O30

Keywords: Privacy, information sharing, data protection

Discussion Papers Nr. 1183/2012  
Andrea Schäfer, Ingrid Tucci, Karin Gottschall



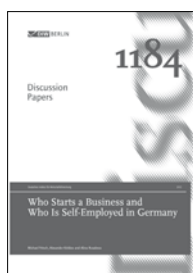
## Top down or Bottom up? A Cross-National Study of Vertical Occupational Sex Segregation in Twelve European Countries

Starting with a comparative assessment of different welfare regimes and political economies from the perspective of gender awareness and "pro-women" policies, this paper identifies the determinants of cross-national variation in women's chances of being in a high-status occupation in twelve West European countries. Special emphasis is given to size and structure of the service sector, including share of women in public employment and structural factors such as trade union density and employment protection. The first level of comparison between men and women concentrates on gender representation in the higher echelons of the job hierarchy, while in the second section we extend the scope of analysis, comparing women in high-status occupations and low-wage employment in order to allow for a more nuanced study of gender and class interaction. The first analysis is based on European Social Survey data for the years 2002, 2004, 2006, and 2008, capturing recent trends in occupational dynamics. Results indicate that in general a large service sector and a high trade union density enhance women's chances of being in high-status occupations while more specifically a large public sector helps to reduce channeling women into low-wage employment. Thus, equality at the top can well be paired with inequality at the bottom, as postindustrial countries with a highly polarized occupational hierarchy such as the UK show.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1184/2012  
Michael Fritsch, Alexander Kritikos, Alina Rusakova



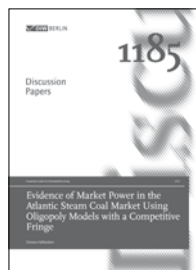
## Who Starts a Business and Who Is Self-Employed in Germany

Based on representative data, the German Micro-Census, we provide an overview of the development of self-employment and entrepreneurship in Germany between 1991 and 2010, the first two decades after reunification. We investigate the socioeconomic background of these individuals, their education, previous employment status, and their income level. We observe a unique increase in self-employment in Germany by 40 percent which can partly be attributed to the transformation process of East Germany and to the shift to the service sector. We notice a yearly start-up rate of 1 percent among the working population (almost 20 percent of them being restarters), a decision that pays for the majority of individuals in terms of income. Contrary to other countries, in Germany there is a positive relationship between educational levels and the probability of starting a business.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

Discussion Papers Nr. 1185/2012

Clemens Haftendorn



## Evidence of Market Power in the Atlantic Steam Coal Market Using Oligopoly Models with a Competitive Fringe

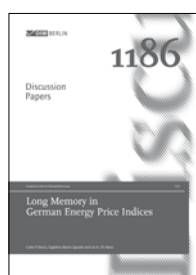
Before 2004 South Africa was the dominant steam coal exporter to the European market. However a new market situation with rising global demand and prices makes room for a new entrant: Russia. The hypothesis investigated in this paper is that the three incumbent dominant firms located in South Africa and Colombia reacted to that new situation by exerting market power and withheld quantities from the market in 2004 and 2005. Three market structure scenarios of oligopoly with a competitive fringe are developed to investigate this hypothesis: a Stackelberg model with a cartel, a Stackelberg model with a Cournot-oligopoly as leader and a Nash-bargaining model. The model with a Cournot oligopoly as leader delivers the best reproduction of the actual market situation meaning that the dominant players exert market power in a non-cooperative way without profit sharing. Furthermore some methodological clarifications regarding the modeling of markets with dominant players and a competitive fringe are made. In particular we show that the use of mixed aggregated conjectural variations can lead to outcomes that are inconsistent with the actions of rational profit-maximizing players.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1186/2012

Carlos P. Barros, Guglielmo Maria Caporale, Luis A. Gil-Alana



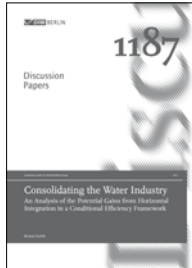
## Long Memory in German Energy Price Indices

This study examines the long-memory properties of German energy price indices (specifically, import and export prices, as well as producer and consumer prices) for hard coal, lignite, mineral oil and natural gas adopting a fractional integration modelling framework. The analysis is undertaken using monthly data from January 2000 to August 2011. The results suggest nonstationary long memory in the series (with orders of integration equal to or higher than 1) when breaks are not allowed for. However, endogenous break tests indicate a single break in all series except for producer prices for lignite for which two breaks are detected. When such breaks are taken into account, and with autocorrelated disturbances, evidence of mean reversion is found in practically all cases.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



Discussion Papers Nr. 1187/2012  
Michael Zschille



## Consolidating the Water Industry: An Analysis of the Potential Gains from Horizontal Integration in a Conditional Efficiency Framework

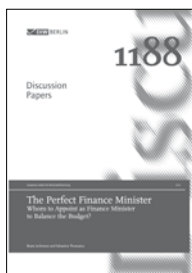
The German potable water supply industry is regarded as being highly fragmented, thus inhibiting high potentials for efficiency improvements through consolidation. Focusing on a hypothetical restructuring of the industry, we apply Data Envelopment Analysis (DEA) to analyze the potential efficiency gains from mergers between water utilities at the county level.

A conditional efficiency framework is used to account for the operating environment. Highest efficiency improvement potentials turn out to result from reducing individual inefficiencies. The majority of the 84 merger cases is characterized by merger gains, which are decomposed into a technical efficiency effect, a harmony effect and a scale effect. The results suggest to improve incentives for efficient operations in water supply and a consolidation of the industry structure.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1188/2012  
Beate Jochimsen, Sebastian Thomasius



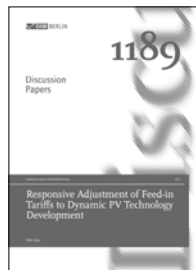
## The Perfect Finance Minister: Whom to Appoint as Finance Minister to Balance the Budget?

The role and influence of the finance minister within the cabinet are discussed with increasing prominence in the recent theoretical literature on the political economy of budget deficits. It is generally assumed that the spending ministers can raise their reputation purely with new or more extensive expenditure programs, whereas solely the finance minister is interested to balance the budget. Using a dynamic panel model to study the development of public deficits in the German states between 1960 and 2009, we identify several personal characteristics of the finance ministers that significantly influence budgetary performance. Namely her professional

background seems to affect budget deficits. During times of fiscal stress, our results can guide prime ministers in the nominating of finance ministers in order to assure sound budgeting.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

Discussion Papers Nr. 1189/2012  
Thilo Grau



## Responsive Adjustment of Feed-in Tariffs to Dynamic PV Technology Development

This paper reviews the adjustments of the feed-in tariff for new solar photovoltaics (PV) installations in Germany. As PV system prices declined rapidly over the last years, the German government implemented automatic mechanisms to adjust the support level for new installations in response to deployment volumes. This paper develops an analytic model to simulate weekly installations of PV systems 30 kW (35% market share in 2010) based on project profitability and duration. The model accurately replicates observed market developments, showing the need for (i) more frequent tariff reductions (ii) and an appropriate choice of adjustment response parameters. The model can be used to test for appropriate parameter choices, and to compare different policy designs. To illustrate this, the competing proposals that had been discussed in 2011 are simulated. A robust choice must perform well against multiple scenarios for future PV system prices. The analysis shows that adjustment schemes with more frequent tariff reductions would have reached deployment targets in 2011 more effectively.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

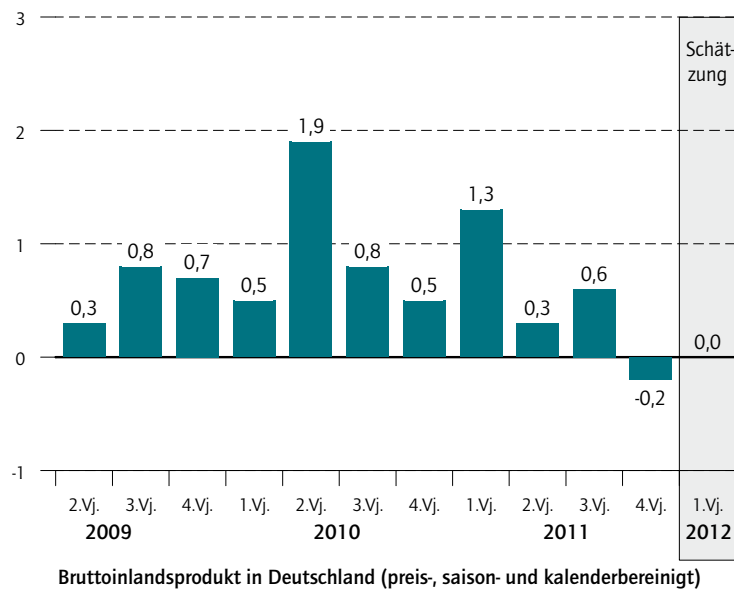
## Deutsche Wirtschaft schrammt an Rezession vorbei

Im Februar bestätigt das Konjunkturbarometer des DIW Berlin die insgesamt positive Einschätzung vom Januar: Die deutsche Wirtschaft dürfte die Auswirkungen der Krise im Euroraum zunächst überstanden haben. Nach dem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Schlussquartal wird die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Vierteljahr laut Konjunkturbarometer wohl eine schwarze Null aufweisen.

„Die massiven Interventionen der EZB haben die durch die Krise im Euroraum verunsicherten Unternehmen und Konsumenten zumindest vorübergehend beruhigt“, sagte DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner. „Bei der anhaltend guten Lage auf dem Arbeitsmarkt werden sich die Haushalte nicht mehr wie zuletzt beim Konsum zurückhalten. Und auch die Unternehmen werden bei den anhaltend niedrigen Zinsen und der nach wie vor kräftigen Nachfrage vor allem von außerhalb des Euroraums ihre Investitionen bald wieder ausweiten. Dies legt die deutlich aufgehellte Unternehmensstimmung nahe.“ Wegen der nur langsam anziehenden Weltkonjunktur dürften die Zuwächse bei den Exporten nach Einschätzung des DIW Berlin aber recht gering bleiben.

„Im ersten Quartal wird das Wachstum zunächst schwach ausfallen“, gibt DIW-Konjunkturexperte Simon Junker zu bedenken. „Dafür sprechen die nach wie vor schwachen Neubestellungen im verarbeitenden Gewerbe. Und selbst wenn sich die Industrieproduktion – wie von uns erwartet – in den nächsten Monaten beleben wird, dürfte sie kaum höher liegen als im vierten Quartal 2011.“ Erst ab Frühjahr rechnen die Berliner Konjunkturforscher wieder mit merklichen Zuwachsraten.

Vorquartalswachstum in Prozent



© DIW Berlin 2012



Dr. Stefan Bach ist Experte für Finanz- und Steuerpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Lieber fünf Prozent Inflation als 100 Prozent Staatsverschuldung

„Bei der Inflationsmisere war'n wir alle Milliardäre. Auch beim Ärmsten hat's gereicht, das war leicht.“ So lautete in den 20er Jahren ein bekanntes Couplet von Otto Reutter. Die Hyperinflation der Jahre 1922/23, an deren Ende ein Laib Brot 300 Milliarden Mark kostete, hat sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg pflegte Deutschland in der Geldpolitik eine strikte Stabilitätskultur. Dafür wurden wir international bewundert, zuletzt aber eher belächelt. Angesichts der makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone, deren Unhaltbarkeit die Finanz- und Schuldenkrise offenbarte, sind die Dogmen der Bundesbank stark verblasst.

Der Abbau von Überschuldungen ganzer Volkswirtschaften geht notgedrungen mit deflationären und rezessiven Begleiterscheinungen einher. Unbestritten ist, dass die Geldpolitik dabei auf Expansionskurs gehen muss, um eine schwerwiegende Rezession zu vermeiden. Bedenklich ist, dass die Zentralbanken dabei notleidenden Banken oder Staaten helfen, indem sie deren Defizite monetisieren. Realpolitisch spricht einiges dafür: Bankrotte großer Finanzinstitute und erst recht ganzer Staaten wie Griechenland und Portugal sollen wegen der unabsehbaren Folgen unbedingt verhindert werden. Zugleich stößt eine offene Haushaltsfinanzierung der Nothilfen schnell an politische Grenzen, zumal bei den Geberländern in der Eurozone.

Daher ist die Notenpresse eine pragmatische Lösung. Aber die ist natürlich nicht umsonst zu haben. Die Entschuldungs- und Rettungskosten werden breit verteilt, indem sie längerfristig und kaum merkbar auf die gesamte Volkswirtschaft umgelegt werden, vor allem auf die Sparer. Dazu muss es vorerst nicht zu höheren Inflationsraten kommen. Entscheidend ist, dass die Realzinsen gegen null oder sogar darunter sinken. Das entlastet alle Schuldner und damit vor allem den Staat als größten Schuldner in der Volkswirtschaft. So lag zum Beispiel die britische Staatsschuldenquote nach dem Zweiten Weltkrieg bei über 200 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts. Dank hoher Wachstums- und Inflationsraten und meist negativer Realzinsen fiel sie bis 1975 auf unter 50 Prozent. Auch die USA und andere Länder kamen auf ähnliche Weise von ihren hohen Kriegsschulden herunter. Damals war eine solche „finanzielle Repression“ leicht durchzusetzen angesichts strikt regulierter Kapitalmärkte, Kapitalverkehrskontrollen und fester Wechselkurse. Heute fluten die Zentralbanken aller großen Währungsräume die Märkte mit Liquidität, und da müssen wohl auch die kleineren Währungsräume mitziehen. Den Anlegern bleibt nicht viel übrig, als die niedrigen Renditen hinzunehmen.

Insoweit wirkt die Geldpolitik wie eine Vermögensabgabe, nur merken es die Belasteten kaum, sofern die Inflation moderat bleibt. Auch die wirtschaftlichen Folgeschäden halten sich dann in Grenzen. Zugleich haben bereits moderate Renditedifferenzen über die Jahre beträchtliche Wirkungen. Drei Prozentpunkte weniger Realzins bedeuten über zehn Jahre einen Vermögensverlust von 25 Prozent. Durch eine entsprechende Entwertung der Staatsschulden könnte Deutschland das Maastricht-Kriterium von 60 Prozent Schuldenstand wieder einhalten.

Unklar ist die Verteilung der Belastungen. Vermutlich werden vor allem die Sparguthaben, Lebensversicherungen und Rentenverträge geschöpft. Dies sind die typischen Anlagen der Kleinsparer und der ergänzenden Altersvorsorge. Die Wohlhabenden sind dagegen deutlich stärker in Unternehmensbeteiligungen oder Immobilien investiert. Deren Renditen dürften sich besser behaupten. Daneben kann es auch die Löhne oder Sozialleistungen treffen, soweit die nicht hinreichend an die höhere Inflation angepasst werden. Mit expliziten Vermögensabgaben oder anderen „Reichensteuern“ könnte man die Belastungen gezielter auf die wirklich Vermögenden zuschneiden. Aber das würde einen Aufschrei der Empörung auslösen. Somit ist die kalte Enteignung über eine moderate Inflation die einfachste Lösung, die Schuldenlasten zügig abzubauen. Ähnlich wie die kalte Progression trifft sie aber eher die Mittelschichten.